

FACHKRÄFTE FÜR DIE ENERGIEWENDE



ZUSAMMENFASSUNG

Für eine kontinuierliche Energiewende werden dringend Fachkräfte benötigt. Im Rahmen des Projekts „Energiewende Partnerstadt 3.0“ (EWPS 3.0) haben die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) und acht Partnerkommunen aus vier Ländern zwei zentrale Faktoren identifiziert, die die lokale Transformation verzögern. Erstens stehen Städte und Gemeinden oft vor finanziellen Herausforderungen, die sich auf die Beschäftigung und die faire Vergütung von Verwaltungsmitarbeitenden als Energiemanager*innen oder Klimaschutzmanager*innen in der Gemeinde auswirken. Zweitens mangelt es an Fachkräften, die die Energiewende voranbringen. Die Anzahl der im Handwerk tätigen Personen ist oft unzureichend, und diejenigen, die derzeit im Handwerk beschäftigt sind, arbeiten meist noch in der fossilen Industrie. Durch die Umschulung von Fachkräften können die Energiewende beschleunigt und die langfristige Sicherung von Stellen erreicht werden. Im Folgenden werden wir diese Herausforderungen anhand von Beispielen der EWPS 3.0-Partnerstädte vorstellen und Lösungsansätze präsentieren, um die Energiewende zu beschleunigen.

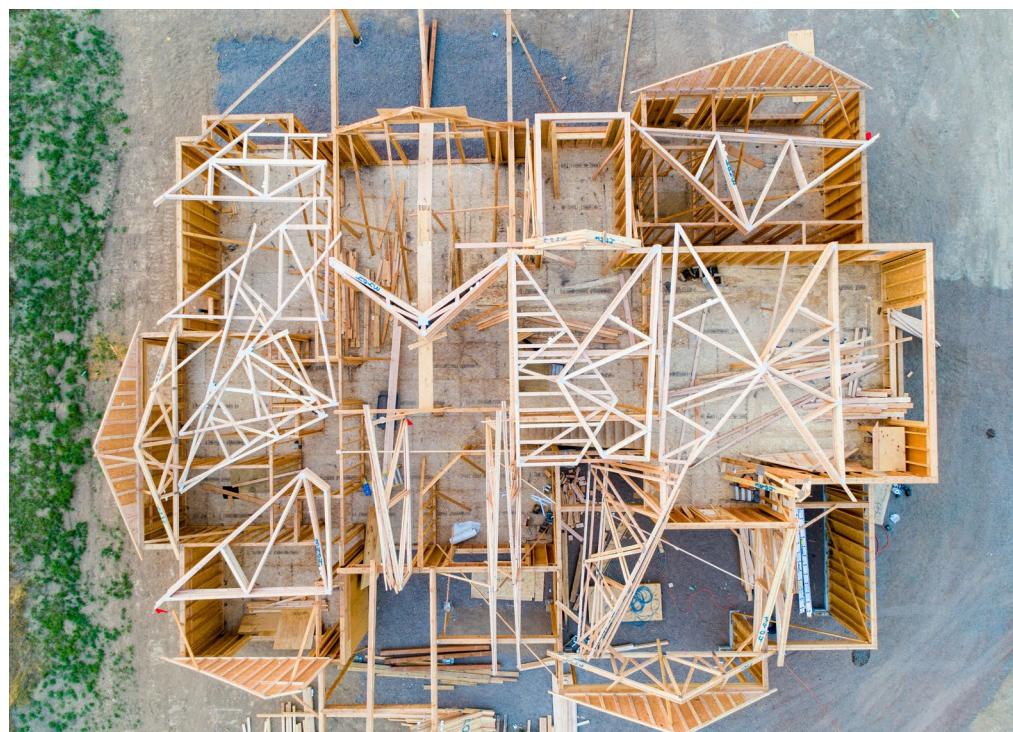


Foto © avel-chuklanov-unsplash

AUTOR:

Dominik Enkelmann

MIT UNTERSTÜTZUNG VOM



Auswärtiges Amt

IN KOOPERATION MIT



EINLEITUNG

Die Energiewende schreitet global und lokal stetig voran. Gleichzeitig wird sie von zahlreichen Herausforderungen beeinflusst und ausgebremst: Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, geschwächte Demokratien durch eine Zunahme an autokratischen Tendenzen, Extremwetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen, Finanzkrisen, steigende Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig kann die Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien dazu beitragen, viele diese Entwicklungen abzuschwächen. Durch die Nutzung lokaler Erneuerbarer Energiequellen, die nicht von Importen und externen Faktoren abhängig sind, können Länder und Regionen unabhängig von globalen Unsicherheiten werden und ihre eigene Wirtschaft stärken. Erneuerbare Energien können Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und so zur finanziellen Sicherheit des Einzelnen und des Landes beitragen.



Dennoch gibt es zahlreiche Herausforderungen, die auf dem Weg zu mehr Beschäftigung im Bereich der Erneuerbaren Energien bewältigt werden müssen. Um die Energiewende zu realisieren, sind wirtschaftliche und personelle Ressourcen erforderlich. In den Bereichen Forschung, Produktion, Wartung und Kommunikation wird vermehrt Personal benötigt. Während einige Fachkräfte bereits ihre Berufung im Bereich der Erneuerbaren Energien gefunden haben, arbeiten andere in der Kohle- oder Gasindustrie oder in der Produktion von Verbrennern und befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Sie müssen an die Hand genommen werden, um über die Chancen der Energiewende informiert und rechtzeitig umgeschult zu werden. Darüber hinaus mangelt es vielen Kommunen an Personal, weil sie unterfinanziert sind oder Fachkräfte sich für eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft entscheiden.

Gleichzeitig sind es die Stadtverwaltungen, die am besten über die Situation der lokalen Unternehmen und die Herausforderungen der Städte selbst in Bezug auf Fachkräftemangel Bescheid wissen. Aus diesem Grund war der Fachkräftemangel ein wiederkehrendes Thema in den Partnerschaften des vom Auswärtigen Amt (AA) finanzierten und von der AEE durchgeführten Projekts EWPS 3.0. Es hat sich schnell gezeigt, dass alle vier Städtepartnerschaften – von Stuttgart nach Bălți, von Düsseldorf nach Czernowitz, von Hoyerswerda nach Novovolynsk und von Greifswald nach Goražde – Fragen im Zusammenhang mit Fachkräften diskutieren. In diesem Beitrag werden wir auf die beiden zentralen Themen eingehen: die Umschulung von Fachkräften und die Bekämpfung der Abwanderung von Fachkräften aus dem öffentlichen Sektor in private Unternehmen und ins Ausland.

HERAUSFORDERUNGEN

Aufgrund von Unterschieden in Größe, Geschichte, Umgebung und politischem Kontext stehen alle Partnerstädte von EWPS 3.0 vor unterschiedlichen Herausforderungen. In der Ukraine haben wir die Städte Czernowitz und Novovolynsk, die direkt von der russischen Invasion betroffen sind. In der kleinen Republik Moldau liegt Bălți, das durch seine historische Abhängigkeit von Russland und dessen Öl- und Gasvorkommen sowie durch finanzielle Unterstützung durch Zuschüsse und Fonds der Euro-

päischen Union und anderer internationaler Partner geprägt ist. Die Stadt Goražde in Bosnien und Herzegowina hat mehrere finanzielle und soziale Veränderungen erlebt, die auf die Folgen des Bosnienkrieges zwischen 1992 und 1995 zurückzuführen sind. In der Ukraine, Bosnien und Herzegowina sowie der Republik Moldau wird der Mangel an Fachkräften durch die Abwanderung von Fachkräften verstärkt. Viele qualifizierte Arbeitskräfte tendieren dazu, in Ballungsräume oder ins Ausland zu gehen. Diese Abwanderung von Fachkräften betrifft insbesondere Kommunen, denen qualifizierte Arbeitskräfte fehlen, um die lokale Energiewende voranzutreiben, da sie nicht die gleichen Löhne wie Unternehmen in der freien Wirtschaft zahlen können. In einem Interview mit der AEE erklärt Senada Mirvić, Geschäftsführerin des bosnischen Versorgungsunternehmens „6 Mart“ in Goražde:

„Die größte Herausforderung für das Unternehmen ist nach wie vor der Mangel an qualifiziertem Personal. Angesichts der Art unserer Arbeit ist es auch notwendig, unsere Maschinen, Geräte und unseren Fuhrpark zu modernisieren, was die Arbeit unserer Mitarbeiter erheblich erleichtern würde. Aufgrund unzureichender finanzieller Mittel sind wir nicht in der Lage, neue Mitarbeitende einzustellen, obwohl diese dringend benötigt werden – von der Wasserfabrik bis hin zu städtischen Instandhaltungsarbeiten.“

Unzureichende Bezahlung im öffentlichen Sektor verschärft das Problem für Kommunen und Rathäuser. In der Republik Moldau liegt das durchschnittliche Monatsgehalt für Ingenieur*innen bei rund 1.500 Euro. Die Gehälter für Energieexpert*innen im lokalen öffentlichen Sektor liegen hingegen zwischen 500 und 800 Euro, erklärt Evgheni Camenscic, Energiespezialist bei der GIZ in Moldau. Daher stellt die städtische Verwaltung für solche Fachkräfte keine attraktive Arbeitgeberin dar. Viele Fachkräfte sind vielmehr im privaten Sektor beschäftigt oder wandern aufgrund wirtschaftlicher Instabilität oder niedriger Löhne aus.

In Novovolynsk und Czernowitz stehen die Kommunen vor einer zusätzlichen Herausforderung: der russischen Invasion in der Ukraine. Große Teile der ukrainischen Bevölkerung kämpfen entweder aktiv im Krieg, kümmern sich um die Infrastruktur und leisten Pflegearbeit, sind als Binnenvertriebene innerhalb des Landes migriert oder haben im Ausland Zuflucht gesucht. Iryna Semenenko, leitende Expertin für Projektmanagement und Investitionen beim Exekutivkomitee des Stadtrates von Novovolynsk, hat diese Herausforderungen für die Kommunen und vor allem für die ukrainische Bevölkerung während des Projekts immer wieder betont. Darüber hinaus sind viele der am Projekt beteiligten Städte entweder historisch von russischem Gas und Öl abhängig oder befinden sich im Übergang von Kohleindustrie hin zu Erneuerbaren Energien. Sowohl Hoyerswerda als auch Novovolynsk haben eine Geschichte, die eng mit der fossilen Industrie verwoben ist, und beide erleben derzeit einen Wandel. Iryna Semenenko erläutert:

„Novovolynsk ist eine Stadt mit industrieller Vergangenheit, die sich derzeit in einer Übergangsphase befindet. Der Ausstieg aus dem Bergbau bringt sowohl Herausforderungen als auch neue Chancen mit sich. Wir sind fest davon überzeugt, dass Umschulungen und Weiterbildungen unerlässlich sind, um einen gerechten Übergang für unsere Arbeitskräfte zu gewährleisten. Wir unterstützen Bildungsangebote in Bereichen, die den Anforderungen der modernen Wirtschaft entsprechen, wie beispielsweise ökologisches Bauen, energieeffiziente Renovierung sowie Installation und Wartung von Anlagen zur Nutzung erneuer-



barer Energien. Dementsprechend muss unsere Gemeinde bestehende berufsbildende und technische Einrichtungen modernisieren und neue Bildungsräume schaffen.“



Die Stadt Hoyerswerda, Teil des Energiedistrikts Cottbus der ehemaligen DDR, steht vor ähnlichen Herausforderungen. Erst durch den in den 1950er Jahren begonnenen Kohleabbau der DDR begannen Bevölkerung und Wohlstand in der Region zu wachsen. Die Zahl an Einwohner*innen erreichte 1981 mit 71.000 Menschen in Hoyerswerda ihren Höhepunkt. Seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 und dem später geplanten Kohleausstieg ist die Bevölkerungszahl jedoch zurückgegangen und die lokale Wirtschaft geschrumpft. Heute leben nur noch 30.000 Menschen in Hoyerswerda, und es wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerung weiter zurückgehen kann. Die Beispiele Hoyerswerda und Novovolynsk zeigen, wie dringend einige Städte einen Strukturwandel benötigen. Eine Umstellung auf Erneuerbare Energien kann die Infrastruktur und das Personal, das früher in der fossilen Industrie beschäftigt war, nutzen, um eine zukunftssichere grüne Energieversorgung in der Region aufzubauen. Dieser Wandel erfordert Geld und Arbeitskräfte. Während die Frage der Finanzierung der Energiewende in einem anderen RENEWS Paper behandelt wird, zeigen wir hier kommunale Best-Practice-Beispiele und stellen weitere Schritte vor, die erforderlich sind, um qualifizierte Arbeitskräfte für die Stärkung der europäischen Energiewende zu gewinnen.

Greifswald und Hoyerswerda befinden sich nach der deutschen Wiedervereinigung in einem ähnlichen, aber dennoch ganz anderen Wandel. Sie haben beide wirtschaftliche Schwierigkeiten und kämpfen gegen einen Bevölkerungsrückgang. Gleichzeitig scheinen Düsseldorf und Stuttgart als große Städte, die sowohl hinsichtlich ihrer Bevölkerung als auch ihrer Wirtschaft wachsen, beim Übergang zu Erneuerbaren Energien weiter fortgeschritten zu sein. Dennoch stehen auch sie vor Problemen bei der Finanzierung von Projekten und der Sicherung von Arbeitskräften in ihren Stadtverwaltungen. Florian Konen, Klimaschutzmanager der Stadt Düsseldorf, erklärt:

„Es besteht eine Diskrepanz zwischen den vorhandenen Qualifikationen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes – ein erheblicher Teil der Arbeitnehmer*innen hat Erfahrungen in rückläufigen Branchen wie dem Kohlebergbau. Darüber hinaus gibt es in Deutschland eine starke Abwanderung von jungen Menschen und Talenten – viele Einwohner ziehen in größere Städte oder ins Ausland, um dort bessere Chancen zu suchen, was zu einem Braindrain führt. Außerdem gibt es nur einen begrenzten Zugang zu Ausbildungsprogrammen – die Zahl der lokalen Bildungseinrichtungen ist gering, und die bestehenden Programme spiegeln nicht immer die Anforderungen der zukünftigen Wirtschaft wider. Und trotz der reichen Wirtschaft Deutschlands mangelt es oft an Finanzmitteln – insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien. Ohne externe Unterstützung kann die Gemeinde keine groß angelegten Umschulungsprogramme durchführen.“



Insgesamt stellt der Fachkräftemangel eine der größten Herausforderung für Deutschland und die deutsche Energiewende – insbesondere im Handwerk. Dieser Mangel an Arbeitskräften wird durch die geringe Zahl junger Menschen, die eine handwerkliche Ausbildung beginnen, weiter verstärkt. Hinzu kommt, dass viele Arbeitnehmer*innen, die Teil der Generation der Babyboomer sind, in den nächs-

ten Jahren in Rente gehen werden. Viele junge Menschen in Deutschland möchten studieren und betrachten eine Ausbildung im Handwerk nicht als attraktiven Karriereweg. Florian Konen erklärt weiter: „Um diesen Herausforderungen zu begegnen, suchen wir Partner*innen, die bereit sind, gemeinsam Ausbildungsprogramme zu entwickeln und umzusetzen, deren Schwerpunkt auf praktischen Fähigkeiten, Zertifizierung und realen Beschäftigungsergebnissen liegt.“



Hierbei ist zu erwähnen, dass nicht nur der Sektor der Erneuerbaren Energien unterfinanziert ist, sondern auch die deutschen Stadtverwaltungen mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. Diese Probleme sind nicht nur in Düsseldorf, sondern in ganz Deutschland zu beobachten.

CHANCEN

ENTWICKLUNG DER BESCHÄFTIGUNG IM BEREICH ERNEUERBARE ENERGIEN

Während viele Menschen befürchten, durch den Ausstieg aus fossilen Energien und Investitionen in Erneuerbare Energien wirtschaftliche Stabilität und Arbeitsplätze zu verlieren, zeigen Studien der Vereinten Nationen (UN), dass Erneuerbare Energien nicht nur wirtschaftliche Unabhängigkeit schaffen, sondern auch die Beschäftigungsmöglichkeiten erhöhen. Schätzungen zufolge können Erneuerbare Energien bis zu 14 Millionen Arbeitsplätze schaffen, während bis 2030 nur fünf Millionen Arbeitsplätze in der fossilen Industrie verloren gehen. Darüber hinaus könnten energiebezogene Industrien bei der Herstellung von Elektrofahrzeugen oder Wasserstofftechnologien weitere 16 Millionen Arbeitsplätze schaffen¹. Wie die Zahlen der AEE zeigen, ist die Beschäftigung im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in der Europäischen Union bereits deutlich gestiegen. Sie stieg von rund 0,5 Millionen Vollzeitäquivalenten im Jahr 2000 und rund 1,5 Millionen Vollzeitäquivalenten in den 2010er Jahren auf über 2,5 Millionen Vollzeitäquivalente im Jahr 2022 (Abb. I). Trotz dieses Wachstums erkannten alle vier EWPS 3.0-Partnerschaften die Notwendigkeit weiterer Fachkräfte im Bereich der Energiewende an.

In Deutschland zeigt sich, dass immer mehr Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien beschäftigt sind. Von 2000 bis 2023 stieg die Zahl der Beschäftigten von rund 100.000 auf 406.300 (Abb. II, S. 6). Dieser Trend hält weiter an. Heute arbeiten rund drei Viertel der deutschen Beschäftigten im Bereich Erneuerbare Energien in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik und Bioenergie (Abb. III, S. 6). Laut der Broschüre „GreenTech made in Germany 2025“ des Umweltbundesamtes (UBA) haben Erneuerbare im Jahr 2023 einen Wert von 314 Milliarden Euro für die deutsche Wirtschaft geschaffen. Es wird geschätzt, dass dieser Wert bis 2045 auf bis zu 622 Milliarden Euro steigen könnte².

¹ www.un.org/en/climatechange/raising-ambition/renewable-energy

² www.umweltbundesamt.de/publikationen/greentech-made-in-germany-2025-0

Beschäftigung durch Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der Europäischen Union

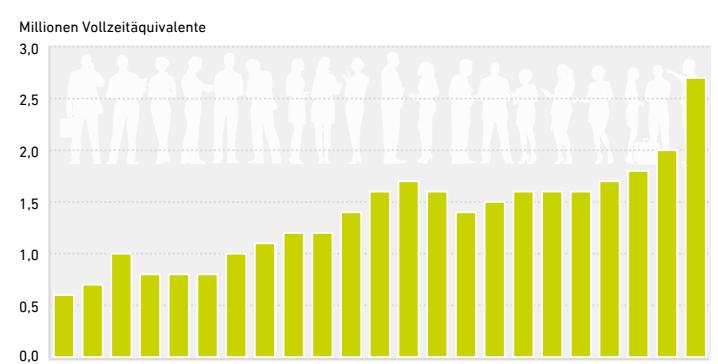


Abb. I

Dies zeigt, dass die Energiewende ein großes wirtschaftliches Potenzial für Städte und Unternehmen bietet. Die Vereinten Nationen erklären weiter, dass Investitionen in Erneuerbare Energien kostengünstiger sind als frühere Subventionen für fossile Energien und die Abhängigkeit verringern werden.

Neben den wirtschaftlichen Gründen ermöglichen lokale Erneuerbare mehr Unabhängigkeit und Widerstandsfähigkeit und damit mehr Versorgungssicherheit. Bei diesen Entwicklungen ist es jedoch wichtig, dass eine gerechte Energiewende im Mittelpunkt steht und niemand zurückgelassen wird. Zu Beginn sind zwar Anfangsinvestitionen erforderlich, aber insgesamt schafft ein Dollar, der in Erneuerbare Energien investiert wird, dreimal so viele Arbeitsplätze wie in die fossile Industrie. Dennoch sind viele Städte in Europa nicht in der Lage, den Übergang aus eigener Kraft zu finanzieren, und sind daher auf externe Mittel der Regierung oder internationale Programme, beispielsweise der Europäischen Union, angewiesen.

UMSCHULUNG VON FACHKRÄFTEN

Generell ist das Handwerk eine der Branchen mit dem größten Arbeitskräftemangel in Deutschland. Der Bereich ist allerdings elementar, um die Energiewende von der Theorie in die Praxis zu bringen. Um den Energiesektor erfolgreich umzugestalten, werden Fachkräfte benötigt, die den steigenden Bedarf an Erneuerbarer decken und neue Technologien entwickeln können. Um den Fachkräftemangel in der Energiewende zu bekämpfen, hat Düsseldorf zwei Lösungsansätze entwickelt, um junge Menschen für eine Karriere im Handwerk zu begeistern. Zum einen sollen relevante Handwerksberufe für Berufseinsteiger*innen attraktiver gemacht werden. Zum anderen sollen Fachkräfte im Handwerk in erneuerbaren Technologien wie Photovoltaik und Wärmepumpen umgeschult oder weitergebildet oder in das Thema Energieberatung eingeführt werden.

Zu diesem Zweck wurde im Auftrag der Kreishandwerkerschaft die Umweltakademie gegründet, um die Umschulung und Weiterbildung von Handwerkern zu erleichtern. An dieser Akademie erhalten Handwerker*innen Fortbildungen zu Themen der Energiewende und des Klimaschutzes (Photovoltaik, Wärmepumpen, Fördermittelakquise, Dachbegrünung, Kreislaufwirtschaft usw.). Die Stadt Düsseldorf übernimmt Personal- und Raumkosten. Darüber hinaus bietet die Hochschule Düsseldorf seit Herbst 2025 den dualen Studiengang „Haus-, Energie- und Anlagentechnik“ an, der von der Stadt Düsseldorf finanziell unterstützt wird. Die Studierenden müssen vorab

Entwicklung der Beschäftigung durch Erneuerbare Energien in Deutschland

2023 arbeiteten insgesamt etwa 406.300 Menschen im Bereich Erneuerbare Energien.

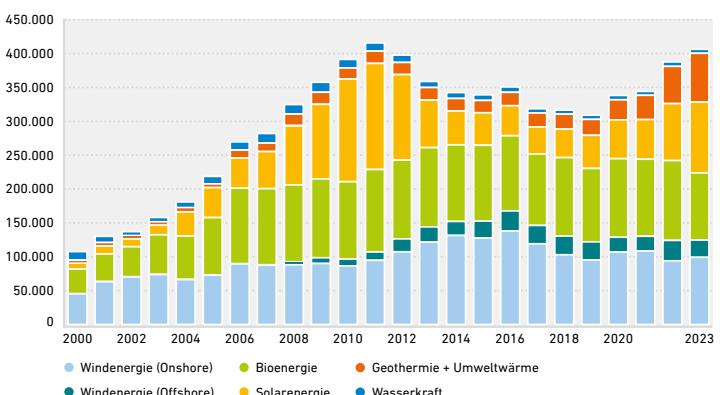


Abb. II

Beschäftigung durch Erneuerbare Energien in Deutschland im Jahr 2023

Zahl der Arbeitsplätze nach Branchen

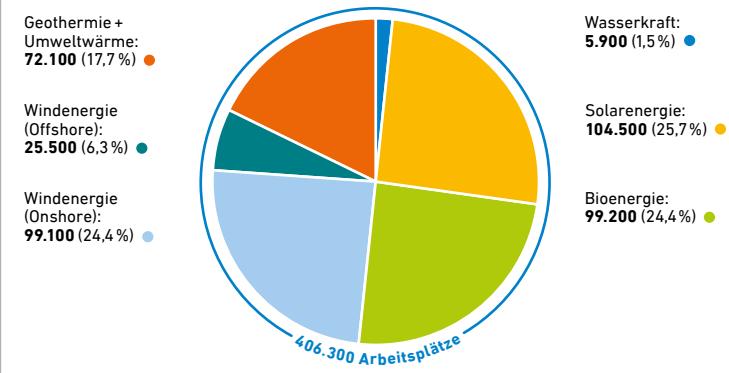


Abb. III

ein Praktikum oder eine Handwerksausbildung absolvieren und während ihres Studiums Berufserfahrung sammeln. Neben ihrem Bachelor of Engineering erwerben die Absolvent*innen auch einen Meisterbrief, wenn sie ihre Abschlussarbeit bei der Handwerkskammer einreichen. Ziel des dualen Studiums ist es, junge Erwachsene für das Handwerk zu gewinnen.



Auch in der Ukraine wird die Umschulung als wichtiger Schritt für die Energiewende angesehen. Hennadii Dudko, Energieexperte in der Stadtverwaltung von Czernowitz, betont die Notwendigkeit, das Wissen des Personals entsprechend den modernen Technologien auf den neuesten Stand zu bringen:

„Wir planen, Mitarbeitende in Umschulungsprogramme im Bereich der Erneuerbaren Energien einzubeziehen, insbesondere in der Installation und Wartung von Solaranlagen, Automatisierung und Energieeffizienz. Die Zusammenarbeit mit spezialisierten Ausbildungsprogrammen und internationalen Partnern ist dabei wichtig.“

FACHKRÄFTEMANGEL IN DEN KOMMUNEN

Zusätzlich zum Fachkräftemangel haben viele deutsche Städte mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen und sind unterfinanziert. Aus diesem Grund haben im Oktober 2025 13 Oberbürgermeister*innen von deutschen Landeshauptstädten einen gemeinsamen Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz veröffentlicht. Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen wird immer größer³. In Zeiten knapper Kassen in den Kommunen sparen Städte tendenziell in den Bereichen Soziales, Bildung, öffentliche und freiwillige Dienste wie Umweltschutz oder Kultur. Bildung und Förderung im Bereich Energiewende sind daher oft unterfinanziert. Lokale Klimaschutzmanager*innen werden oft nur durch Fonds wie die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) mit begrenzter Laufzeit finanziert. Wenn diese Stellen nach Projektende gestrichen werden, ist es schwierig, eine kontinuierliche Energiewende sicherzustellen.

Um den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Lausitz in Ostdeutschland entgegenzuwirken, wurde ein Qualifizierungsverbund in der Lausitz für Erneuerbare Energien (QLEE)⁴ gegründet. Die Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG), das Institut für Betriebliche Bildungsforschung (IBBF) und der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) arbeiten gemeinsam daran, den Strukturwandel zu unterstützen und neue wirtschaftliche Möglichkeiten für lokale Unternehmen zu schaffen. Dabei steht die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten im Mittelpunkt. Im Rahmen des Projekts wird der Kohleausstieg als Chance gesehen, den Ausbau Erneuerbarer Energien zu beschleunigen und Arbeitsplätze in einem wachsenden Wirtschaftsbereich mit neuen Berufsbildern zu schaffen. Die Stadt Hoyerswerda in der Lausitz steht vor diesen Herausforderungen und profitiert von Projekten wie QLEE. Im Rahmen von EWPS 3.0 hatten Projektpartner*innen aus Deutschland und der Ukraine die Gelegenheit, Hoyerswerda zu besuchen. Unter der Leitung des Transformationsmanagers der Stadtverwaltung, Marco Bloch, konnte die Delegation den Strukturwandel vor Ort miterleben und mit Beteiligten aus dem Rathaus, dem Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe und dem Tagebau Welzow-Süd sprechen. Der Tagebau ist Brandenburgs letzter in Betrieb befindlicher Tagebau, der bis 2038 stillgelegt werden soll.

³ www.stuttgart.de/pressemitteilungen/2025/oktober/gemeinsamer-brief-zur-konnexitaet-hauptstaedte-aller-flaechenlaender-fordern-von-bund-und-laendern-aus-koennliche-finanzierung-der-uebertragenen-aufgaben-6831993.php.media/437942/Anschreiben-der-OBs-zur-Konnexitaet-an-Bundes-und-Landesregierungen.pdf

⁴ www.qlee.eu/en

Durch den Kohleausstieg hatte die Stadt Hoyerswerda auch das Glück, Mittel für den Strukturwandel zu erhalten. Im Zuge der Entwicklung der Region gelang es Hoyerswerda, den Bevölkerungsrückgang zu stoppen. Im Rahmen der Kampagne „#WHY – Handel in Hoyerswerda“ zeigt die Stadtverwaltung die Geschichte und den Strukturwandel hin zu einer modernen Stadt auf. Ökologische und soziale Projekte bilden einen Kern der Transformation durch Wirtschaft, Forschung und Bildung. Dennoch stehen ostdeutsche Städte wie Hoyerswerda und Greifswald vor Herausforderungen, die auf die Geschichte zurückzuführen sind. Eine der größten Schwierigkeiten im Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Gegensatz zum westlichen Teil Deutschlands ist eine größere Skepsis gegenüber weitreichenden Veränderungen, da die letzte bedeutende lokale Veränderung durch die deutsche Wiedervereinigung zu wirtschaftlicher Not und hoher Arbeitslosigkeit im Vergleich zu Westdeutschland geführt hat. Die von Altkanzler Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ sind nie Realität geworden. Gespräche mit Bürger*innen und der Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt (LENA) zufolge wurden die ostdeutschen Kommunen beim ersten Bau Erneuerbarer-Energien-Anlagen nicht systematisch miteinbezogen und beteiligt. Während der Staat, Investor*innen und Betreiber*innen mit dem Bau, dem Betrieb und dem Verkauf von Windkraftanlagen Geld verdienten, entstand für Kommunen und Einwohner*innen keine angemessene Wertschöpfung. Man spricht in der Forschung von einer Veränderungerschöpfung⁵. Dies stellt eine große Herausforderung für die Kommunikation rund um die Energiewende dar. Es ist wichtig, sich auf die positiven Aspekte zu konzentrieren, die wirtschaftlichen Vorteile aufzuzeigen, die diese eine Transformation mit sich bringen könnte, die Kommunen letztlich finanziell und planerisch zu beteiligen.



Greifswald zeigt auch, wie man den Bevölkerungsrückgang aktiv und erfolgreich stoppen kann. Die Einwohnerzahl liegt seit den 1980er Jahren konstant bei rund 60.000 Menschen. Die Gemeinde hat es geschafft, sich an die Veränderungen in Politik und Wirtschaft anzupassen. Die Universität Greifswald zieht junge Menschen an und bildet sie aus, und Einrichtungen wie das Greifswalder Moorzentrum ziehen renommierte Wissenschaftler*innen an. Darüber hinaus beteiligen sich das Rathaus und Mitarbeitende wie die Klimaschutzmanager*innen Michael Haufe und Dr. Juliane Brust-Möbius aktiv an der Gestaltung des ökologischen Wandels und lernen dabei aus der Vergangenheit. Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplung, kommunale Wärmeplanung, Renaturierung von Mooren, Sanierung öffentlicher Gebäude und eine gut ausgebaute Fahrradinfrastruktur machen die Stadt nicht nur lebenswert und nachhaltig, sondern schaffen auch Arbeitsplätze.

Eine ähnliche Notwendigkeit wurde in der moldauischen Stadt Bălți während des Austauschs mit der Stadt Stuttgart im Rahmen des Projekts EWPS 3.0 deutlich. Obwohl die zweitgrößte Stadt der Republik Moldau ehrgeizige Pläne zur Umgestaltung der Stadt und der Energieversorgung entwickelt hat, steht sie vor einer zentralen Herausforderung: der kontinuierlichen Umsetzung der Energiewende. Dieses Problem hängt eng mit der Finanzierung zusammen. Neben dem Bedarf an Projektmitteln ist die Stadt auch nicht in der Lage, das Gehalt für Energiemanagement angemessen zu bezahlen. Nach den örtlichen Vorschriften kann das monatliche Einkommen von Stadtangestellten nicht mit dem Einkommen mithalten, das Facharbeiter*innen in der Privatwirtschaft verdienen. Aus diesem Grund entscheiden sich viele junge Fach-

⁵ www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/312263/der-osten-als-problemzone

kräfte dafür, in der freien Wirtschaft zu arbeiten, anstatt für die lokale Verwaltung. Um dieses Problem anzugehen, müssen Städte dazu ermutigt werden, ihre rechtlichen Rahmenbedingungen und das Vergütungsmodell zu ändern, um Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung für Fachkräfte attraktiv zu machen. Die Beispiele in diesem Papier zeigen, dass sich Investitionen langfristig auszahlen können. Die Schaffung neuer Stellen und die Anpassung der Löhne müssen als Investitionen betrachtet werden – sowohl in den lokalen Stadtverwaltungen als auch auf nationaler Ebene.



In Deutschland ist der Landkreis Rhein-Hunsrück ein hervorragendes Beispiel dafür, wie sich solche Investitionen in Zukunft auszahlen können. Die AEE hat den Kreis zweimal – im September 2010 und im November 2018 – als „Energie-Kommune des Monats“ ausgezeichnet. Dank des langjährigen Engagements wurde der Landkreis im Jahr 2018 auch zur „Energie-Kommune des Jahrzehnts“ gewählt. Sein Best-Practice-Beispiel gilt in Deutschland als Vorbild und zeigt, wie kontinuierliche Anstrengungen die lokale Energiewende stabilisieren und stärken können. Der erste Schritt zur Überwachung und Reduzierung des Energieverbrauchs – und damit der Kosten – wurde 1999 mit der Einführung des Energie-Controllings gemacht. Seitdem hat die Gemeinde durch Erneuerbare Energien jedes Jahr mehr als 44 Millionen Euro an kommunaler Wertschöpfung generiert. Windenergie ist dabei die Haupteinnahmequelle. Das Geld kann für Schulen, Straßen, Vereine und Visionen ausgegeben werden. Langfristige Arbeitsplätze im Bereich Energiemanagement und Klimaschutz sind der beste Weg, um die Bemühungen zu sichern.

FAZIT

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Energiewende nur dann erfolgreich sein kann, wenn lokale Akteure aktiv an einem Wandel arbeiten und durch nationale und internationale politische Strategien unterstützt werden. Es hat sich wiederholt gezeigt, dass Erneuerbare Energien eine höhere Akzeptanz finden, wenn lokale Energieprojekte der Bevölkerung zugutekommen. Eine anfängliche Anschubfinanzierung kann dazu beitragen, die Akzeptanz zu erhöhen und in Zukunft zu einem wirtschaftlichen Profit führen. Darüber hinaus ist die Energiewende ein Marathon, an dem kontinuierlich gearbeitet werden muss. Daher brauchen Städte und Gemeinden langfristige Mitarbeitende wie Energiemanager*innen oder Klimaschutzmanager*innen, die sich mit der Transformation befassen. Sie können die Energiewende durch kontinuierliche Bemühungen, den Austausch mit der lokalen Bevölkerung und die Aufklärung von Mitarbeitenden und der lokalen Bevölkerung stärken. In Deutschland hängt die Rolle der Klimaschutzmanager*innen auch stark von den finanziellen Möglichkeiten der Kommunen, der finanziellen Unterstützung durch Programme wie die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) und dem politischen Willen ab. Im Rahmen des Projekts „Energiewende Partnerstadt 3.0“ hat die AEE gezeigt, dass viele Städte bereit sind, sich an der lokalen Energiewende zu beteiligen. Allerdings sehen sich viele Kommunen mit unzureichenden Budgets für den Wandel und unterbesetzten Verwaltungen konfrontiert – insbesondere im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Die Schaffung von Stellen durch Fördermittel wie die NKI oder durch externe Institutionen kann ein erster Schritt sein. Dennoch benötigen Städte Finanzmittel

für dauerhafte Stellen in der Verwaltung, die sich auf die kommunale Energiewende fokussieren. Um einen Wandel zu erreichen, benötigen Rathäuser die Unterstützung der lokalen Regierungen sowie nationale und internationale Vorschriften. Rechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung sind unerlässlich, um einen umfassenden Wandel der Wirtschaft und die Umschulung von Arbeitnehmer*innen zu erreichen. Der Mangel an qualifiziertem Personal hängt eindeutig mit fehlenden Investitionen im Bereich der Erneuerbaren Energien zusammen. Daher soll das Thema Finanzierung der Energiewende im kommenden RENEWS Papers behandelt werden.

